H-Net Reviews
in the Humanities & Social Sciences

Christen unter totalitärer Herrschaft von 1945 bis ca. 1960 in der SBZ/DDR, Polen, der Ukraine und der ČSSR. Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa (IKKDOS, Tübingen); Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität; Akademie Mitteleuropa e.V., 07.08.2016–10.08.2016.

Reviewed by Marco Bogade

Published on H-Soz-u-Kult (January, 2017)

Vom 7. bis 10. August 2016 fand die 53. Jahrestagung des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa (IKKDOS, Tübingen; ehemals Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte, Regensburg) in Kooperation mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität sowie der Akademie Mitteleuropa e.V. (Bad Kissingen) statt.

RAINER BENDEL (Tübingen) rekurrierte in seiner Einführung auf eine internationale Konferenz in 1997, auf der bereits der Frage nach der Situation der katholischen Kirche in Polen unter nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur nachgegangen wurde. Hans-Jürgen Karp / Joachim Köhler (Hrsg.), Katholische Kirche unter nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur. Deutschland und Polen 1939-1989, Köln 2001. Mit der aktuellen Veranstaltung sollte – zeitlich präziser, geographisch und konfessionell erweitert – an das grundsätzliche Thema angeknüpft werden.

Im einleitenden Vortrag zur Tschechoslowakischen (Sozialistischen) Republik distinguierte OTFRID PUSTEJOVSKY (Waakirchen) die Entwicklung der Beziehung von Staat und Kirche in vier Abschnitte, determiniert nach dem etappenweisen Vorgehen der KPČ auf verschiedenen Ebenen gegen die Kirche. Die erste Phase von 1945 bis 1949, dem Kriegsende bis zur kommunistischen Kirchengesetzgebung, sei geprägt gewesen von der Vertreibung/Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung und der damit einhergehenden Schwächung kirchlicher Institutionen; die zweite Phase von 1949 bis 1953/1956 von stalinistischen Inhalten und Formen der Kirchenverfolgung mit dem Ziel einer zerschlagenen oder gar zerstörten Kirche: obligatorische Zivilehe, Verbot eigener Matrikelführung, faktisches Verbot der griechisch-katholischen Kirche, Auflösung von Klöstern, Schauprozesse („Monsterprozesse“) etc. Die dritte Phase von 1956 bis 1968 habe eine gewisse Lockerung, gar einen zeitweiligen Neuanfang aufgewiesen. Nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes begann die letzte und längste Phase bis 1990, die der „sowjetischen machtpolitischen Dominanz“. Diese Zeit der Normalisierung, d.h. der sowjetischen Gesetzesanwendung, mit allen ihren repressiven Maßnahmen (Internierungen etc.) führte in eine neuerliche „kirchliche Hoffnungslosigkeit“.

JAROSLAV ŠEBEK (Prag) legte dar, dass es in der Tschechoslowakei zum einen schon früh eine starke Unterstützung für die kommunistische Partei innerhalb der Gesellschaft gegeben habe, zum anderen wurden bereits seit 1918 die nichtkatholischen Traditionen in den öffentlichen Diskursen gepflegt. Überdies waren noch die Folgen des Münchner Abkommens von 1938 wirkmächtig,

das eine Abkehr breiter Schichten der tschechischen Gesellschaft vom Westen und eine Hinwendung zu den slawischen Ländern und ganz besonders der Sowjetunion als Resultat hatte. Die Aussiedlung der Deutschen veränderte die konfessionelle Landkarte von Böhmen, Mähren und Schlesien drastisch: Nunmehr befand sich die katholische Kirche in einer Diaspora-Lage umgeben von einer starken atheistischen Mehrheit. Das aufblühende religiöse Leben im Zuge der Entstalinisierung ab 1956 offenbarte, dass es dem kommunistischen Regime nicht gelungen war, die katholische Kirche in einen opportunen staatsnahen Teil – eine Nationalkirche – beziehungsweise einen kirchentreuen Part zu spalten. Die Parteiführung reagierte darauf mit einem Strategiewechsel: Nunmehr konzentrierte sie sich auf die Schaffung einer mehrheitlich atheistischen Gesellschaft.

IVAN A. PETRANSKÝ (Trnava/Tyrnau) wandte sich dem slowakischen Landesteil und dessen Christen zu. Er betonte dabei mit Blick auf den tschechischen Teil die unterschiedlichen Rollen der Kirchen in den Gesellschaften, die unterschiedlichen historischen Entwicklungen wie die differenten religiösen Strukturen. So seien hier die repressiven Maßnahmen gegen die Kirche in den Jahren 1944/45-1948 deutlich schärfer ausgefallen; bis 1953 fanden schließlich die Hauptmaßnahmen statt, u.a. wurde die griechisch-katholische Kirche gewaltsam mit der orthodoxen verschmolzen. Gleichsam bildeten sich zu dieser Zeit auch parallele katholische Strukturen im Verborgenen. Nach Josef Stalins Tod 1953 und einer kurzfristigen Entspannung verschärfte sich die antikirchliche Politik des Regimes mit dem Jahre 1957 wieder, gefolgt von einer abermaligen „Linderung“ bis zum Vorabend des Prager Frühlings.

Das zweite Panel der Tagung galt der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und dem Los der griechisch-katholischen Kirche, der größten religiösen Gemeinschaft in der Westukraine. Im Unterschied zum ersten Schwerpunkt befand sich die Ukraine auf direktem sowjetischem Territorium, was Auswirkungen hatte auf die kirchenpolitischen Maßnahmen, wie KATRIN BOECKH (Regensburg) vorderhand festhielt. Konkret thematisierte sie in ihrer Darlegung die „Pseudo-Synode“ von Lemberg 1946 zur „Liquidierung“ der griechisch-katholischen Kirche in Galizien. Gemäß ihrer Thesen war die Ausschaltung der unierten Kirche ein erfolgreiches kirchenpolitisches Ereignis und zugleich auch ein bedeutendes gesellschaftspolitisches, insgesamt eingebettet als Teilprogramm einer Sowjetisierung der Westukraine. Die Synode sei dabei ein staatlich inszeniertes Unterfangen mit einer jeweils bewussten Hinzuziehung beziehungsweise einem Ausschluss der Öffentlichkeit gewesen. Es gab bereits 1939 Pläne, die griechisch-katholische Kirche auszuschalten, indem man sie der russisch-orthodoxen unterordnete. Ein Teil der orthodoxen Geistlichkeit billigte die Auflösung und die Annäherung an die östliche Orthodoxie, was in die Gründung einer sogenannten Initiativgruppe um Havryil Kostelnyk (1886-1948) mündete. Als Bilanz lässt sich einerseits festhalten, dass sich gemäß offizieller Berichterstattung eine Minderheit von 27 Priestern weigerte, den Übertritt mitzutragen, andererseits war es der Beginn des Aufbaus einer umfassenden Katakombenkirche. Gleichzeitig diente diese Art der Ausschaltung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine als Blaupause für deren Liquidierung in der Tschechoslowakei 1950.

OLEH TURIY (Ľviv/Lemberg) ging näher auf die „Motive, Modelle und Methoden“ der „orthodoxen Wiedervereinigungen“ ein. Die Liquidierung der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche durch die Sowjetunion Stalins sei demnach notwendig gewesen, da sie über Jahrhunderte eng verbunden war mit der Ukraine und deren nationalen Kräften. Zudem war die Kirche katholisch im Sinne einer multinationalen Weltkirche mit Sitz in Rom, was immer die Gefahr einer äußeren Einmischung barg. Drittens war die griechisch-katholische Kirche traditionell eng verbunden mit der Allgemeinheit, da sie ob der fehlenden staatlichen Eigenständigkeit der Ukraine nicht in politi-

sche Strukturen integriert war. Weitere Motive für die Ausschaltung der Unierten in der Ukraine sah Turiy im atheistischen Charakter der Kommunisten. Hinzu trat der imperialistische Habitus des sowjetischen politischen Systems, der im byzantinisch-orthodoxen Zarenreich wurzelte. Historische Operationen dienten als Muster für die sowjetisch-stalinistische Regierung bei der Liquidation der griechisch-katholischen Kirche, was der Referent anhand einiger historischer Beispiele belegte. Im Unterschied zu Galizien war für die Karpatenukraine ein längerer Prozess der Wiedervereinigung mit der russisch-orthodoxen Kirche anberaumt. Durch Säuberungen und Konfiskationen gelang es dem Staatsapparat erst 1949, die Union aufzulösen.

Die Meso- und Mikroebene beleuchtete ANDRIY MYKHALEYKO (Eichstätt) in seinem Beitrag zum Untergrundalltag in der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche. Trotz anderslautender Beteuerungen von öffentlicher sowjetischer Seite bestand auch nach der Auflösung der Union die griechisch-katholische Kirche als Untergrundkirche weiter, basierend auf dem festen Glauben sowie ein hohes Vertrauen der Gläubigen. Das Fortbestehen der Hierarchie sicherten dabei heimlich vollzogene Bischofsweihen an zum Teil unkonventionellen Orten (u.a. Hotelzimmer). Um die Seelsorge kontinuierlich zu gewährleisten, mussten Priester ausgewählt und ausgebildet werden. Vor allem aktive Laien und die Söhne der Priester wurden hierfür herangezogen; die Ausbildung übernahmen ehemalige Professoren aus Lemberg sowie erfahrene Priester. Die Formen der Seelsorge hingen von den örtlichen Gegebenheiten und der Art der Überwachung durch die Obrigkeit ab. Es gab keine systematische Organisation der seelsorgerischen Tätigkeit im Untergrund, vielmehr handelten die Priester nach eigener Verantwortung und kontaktierten die Bischöfe nur in seltenen Fällen.

THOMAS ARNOLD (Dresden) eröffnete das Panel zur SBZ/DDR mit einem Referat zur „Jugendweihe als Ausdruck des Kirche-Staat-Konflikts in der DDR“. Die Jugendweihe sei in der Deutschen Demokratischen Republik keine Pflichtveranstaltung gewesen, vielmehr habe es einen regional unterschiedlichen „freiwilligen Zwang“ gegeben. Auch war sie keine explizite Kreation des SED-Regimes, sondern gab es Jugendweihen bereits seit dem 19. Jahrhundert; u.a. waren freireligiöse Gemeinden eine der Keimzellen. Nach den Ereignissen des 17. Junis wurde, so der Referent weiter, die Jugendweihe Ende 1953 gezielt gegen die Kirchen installiert, um deren gesellschaftlichen Einfluss zu brechen.

JÖRG SEILER (Erfurt) trug den Blick der Staatssicherheit auf Bischof Julius Döpfner (1913-1976) vor. Der im Frühjahr 1957 auf den Berliner Bischofsstuhl berufene Döpfner traf im Machtbereich der SED nach Jahren der Mäßigung auf eine zunehmend repressive staatliche Kirchenpolitik. Dazu gehörte auch eine ab Ende des Jahres 1957 verstärkte Aktivität des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber den Kirchen. Döpfner eckte als entschiedener Antikommunist „in der Zone“ unmittelbar an und geriet somit auch in das Visier des von Erich Mielke (1907-2000) übernommenen MfS. Überdies durfte Döpfner seit Mai 1958 nicht mehr in die DDR einreisen.

JOSEF PILVOUSEK (Erfurt) richtete die Aufmerksamkeit auf die Christentums-Feindlichkeit und die Christenverfolgung in der DDR. Zwei Aspekte kirchlich-christlichen Handelns dem Staat gegenüber hob der Referent hervor: Erstens die Benachteiligungs- und Repressionsmechanismen des Regimes, die bis heute vielfach von den Zeitzeugen betont würden. Zweitens warf Pilvousek die Frage nach einem etwaigen Widerstand im Hinblick auf die katholische Kirche in der DDR auf. Für einzelne Mitglieder der katholischen Kirche könne man oppositionelles wie widerständiges Verhalten feststellen, wobei die Motivation im „Christ sein“ zu finden war; für die gesamte Kirchenleitung schlug er den passenderen Begriff der Resistenz vor, der die „Abwehr, Begrenzung, Ein-

dämmung des umfassenden Anspruchs des Regimes beziehungsweise eine in der Kirchenzugehörigkeit wurzelnde Widerstandsfähigkeit“ bedeuten soll.

Die Republik Polen – ab 1952 Volksrepublik – bildete den letzten Schwerpunkt der Arbeitstagung. In dem verlesenen Beitrag von BERNARD LINEK (Opole/Oppeln) zum Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem kommunistischen Staat in Oberschlesien zwischen 1945 und 1960 wurde deutlich, dass es in einer ersten Periode in den Jahren 1945/46 eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und der polnischen katholischen Kirche gegeben habe, so zum Beispiel bei der Rückgabe des konfiszierten kirchlichen Vermögens. Deutschsprachige Messen wurden hingegen mit dem Verweis auf die NS-Kollaboration der Priester verboten; die Priesterschaft sowie die Liturgie und die religiösen Bräuche unterlagen alsbald einer Polonisierung. Mit dem Jahreswechsel 1946/47 und der kommunistischen Machtübernahme erfolgte die Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche in mehreren Etappen. Die Intention des kommunistischen Regimes war es dabei, die katholische Kirche in Oberschlesien „von innen zu zerstören und von außen zu beherrschen“. Durch Behinderung bis zum Verbot kirchlicher Tätigkeiten – Verbannung des Religionsunterrichtes sowie der Kruzifixe aus den Klassenräumen der staatlichen Schulen, Schauprozesse etc. – und der Anwerbung von Informanten unter den Geistlichen galten als Mittel der Wahl.

ANDRZEJ KOPICZKO (Olsztyn/Allenstein) analysierte die Umsiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus dem südostpolnischen Raum nach Masuren und Ermland 1947, die insgesamt über 55.000 Menschen betraf. Die Seelsorge der Griechisch-Katholischen fand nur im Rahmen des römisch-katholischen Ritus statt; zum Teil selbst gewählte soziale Isolation in der neuen Heimat sorgte für weitere Probleme. Erst mit dem Jahr 1952 erlaubten es die staatlichen Behörden, Andachten und Messen nach griechisch-katholischem Ritus abzuhalten. Bis 1956 und dem einsetzenden „Oktobertauwetter“ habe man sich schließlich von der römisch-katholischen Kirche wieder soweit abheben können, dass die Phase der „pragmatischen Akkommodation“ verwunden werden konnte.

GRZEGORZ BĘBNIK (Katowice/Kattowitz) schließlich warf einen transkonfessionellen Blick auf die evangelischen Kirchen in der Volksrepublik Polen, unter besonderer Berücksichtigung von Oberschlesien. Unter dem Begriff „Evangelisch“ versammelte man in der Zweiten Republik vor allem die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen, die marginale evangelisch-reformierte Kirche sowie die evangelisch-methodistische. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die evangelischen Gläubigen Oberschlesiens seitens der kommunistischen Staatsgewalt als „deutsch“ identifiziert und zur Räumung ihrer Wohnorte gezwungen, was die evangelische Kirche in Polen zu einer Diasporakirche werden ließ. Einzig im Teschener Schlesien habe man den Protestantismus als „den polnischen Glauben“ angesehen, dort galt der Katholizismus als „deutsch“. Andernorts wiederum wurde gerade der unierte Protestantismus als „Stütze des Deutschtums“ gebrandmarkt. Für das kommunistische Regime hingegen war die evangelisch-augsburgische Kirche von strategischer Bedeutung: Die Kirchenpolitik des kommunistischen Staates sei in ihren „operativen Maßnahmen“ vor allem gegen die bei weitem größere katholische Kirche gerichtet gewesen. Gute Kontakte der evangelischen Kirche in den Westen – vor allem in die Bundesrepublik – führten dennoch zu einer nachrichtendienstlichen Kooperation evangelischer Pastoren mit dem kommunistischen Staat.

Die Tagung wurde ergänzt von einer Exkursion mitsamt Besuch der Ackermann-Gemeinde in Bamberg, wo FRANZ KUBIN (Bamberg) über die „Verfolgte Kirche“ in Böhmen und die Aktivitäten der Ackermann-Gemeinde bis zur Wende sprach. Der Vortrag von IONUŢ PAUN (Bamberg) themati-

sierte die schwierigen Jahre der rumänisch-orthodoxen Kirche während der Zeit des Kommunismus; hier wurde die Notwendigkeit einer umfassenderen Untersuchung zur Situation der Christen unter totalitärer Herrschaft auch im südöstlichen Europa mit einem erweiterten konfessionellen Blickwinkel evident.

Zusammenfassend konnte von Seiten der Organisatoren und Teilnehmer eine Vielzahl von Impulsen und neuen Fragen resümiert werden. Eine fundierte Grundlage für eine vergleichende Betrachtung der Christen unter totalitärer Herrschaft während der Phase des Aufbaus und der Konsolidierung des Kommunismus in den Ländern Ostmitteleuropas wurde geschaffen und soll im nächsten Jahr eine Erweiterung auf die Länder Südosteuropas erfahren.

Konferenzübersicht:

Rainer Bendel (Tübingen), Einführung in das Tagungsthema

THEMENSCHWERPUNKT: TSCHECHOLSOWAKISCHE SOZIALISTISCHE REPUBLIK (ČSSR)

Otfrid Pustejovsky (Waakirchen), Zur Situation der Christen in der ČSSR

Jaroslav Šebek (Prag/Praha), Zwei Antlitze der katholischen Kirche nach dem kommunistischen Machtantritt in der Tschechoslowakei – Widerstand und Anpassung

Ivan A. Petranský (Pressburg/Bratislava), Christen unter totalitärer Herrschaft in der Slowakei

THEMENSCHWERPUNKT: UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK

Katrin Boeckh (Regensburg), Drei Tage, die die Ukraine veränderten. Die Pseudo-Synode von Lemberg von 8. bis 10. März 1946 zur „Liquidierung“ der Griechisch-Katholischen Kirche in Galizien

Andriy Mykhaleyko (Eichstätt), Untergrundalltag: bischöfliche Sukzession, Priesterausbildung und Seelsorge am Beispiel der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche

Oleh Turiy (Lemberg/Ľviv), Stalinistische „Wiedervereinigung der Unierten“ in der Ukraine: Motive, Modelle, Methoden

THEMENSCHWERPUNKT: SOWJETISCHE BESATZUNGSZONE/DDR

Thomas Arnold (Dresden), Christen zwischen den Fronten. Die Jugendweihe als Ausdruck des Kirche-Staat-Konflikts in der DDR

Jörg Seiler (Erfurt), Bischof Julius Döpfner im Blick der Staatssicherheit

Josef Pilvousek (Erfurt), SBZ/DDR: Leichter Gegenwind im Sturm des Sozialismus. Zum Leben der Christen in der DDR und ihre kirchlichen Möglichkeiten

EXKURSION NACH BAMBERG

Franz Kubin (Bamberg), Verfolgte Kirche in Böhmen. Die Aktivitäten der Ackermann-Gemeinde Bamberg bis zur Wende

Ionuţ Paun (Bamberg), Die Rumänische Orthodoxe Kirche zur Zeit des Kommunismus

THEMENSCHWERPUNKT: VOLKSREPUBLIK POLEN

Bernard Linek (Oppeln/Opole), Der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem kommunistischen Staat in Oberschlesien in den Jahren 1945-1960

Andrzej Kopiczko (Allenstein/Olsztyn), Die Situation der Ukrainer in Ermland und Masuren nach ihrer Umsiedlung in dieses Gebiet im Jahre 1947

Grzegorz Bębnik (Kattowitz/Katowice), Evangelische Kirchen in (Volks)Polen unter besonderer Berücksichtigung von Oberschlesien

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/

Citation: Marco Bogade. Review of *Christen unter totalitärer Herrschaft von 1945 bis ca. 1960 in der SBZ/DDR, Polen, der Ukraine und der ČSSR.* H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. January, 2017.

URL: https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=48844

This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.